

Roma-Tagung La Prairie: Workshop „Roma unter uns – gestern und morgen“
Impulsreferat: Dr. Thomas Huonker

Thema des Workshops „Roma unter uns – gestern und heute“ war der Umgang der Schweiz mit den Roma aus einer historischen Perspektive. Dr. Thomas Huonker, Historiker und Leiter eines Nationalfondsprojekts zum Verhältnis der Schweiz zu Roma, Sinti und Jenischen, führte in diesem Workshop anhand von Dokumenten, Bildern und weiterem Anschauungsmaterial aus, dass sich im Umgang der Schweiz mit den Roma, Sinti oder Jenischen eine Geschichte der Verfolgung, Unterdrückung und Nichtanerkennung der Rechte der Fahrenden zeigt.

Während der alten Eidgenossenschaft im 17./18. Jahrhundert wurden „Vaganten“ vertrieben, gefoltert, umgebracht oder in die Sklaverei verkauft. Im 19. Jahrhundert wurden Armenanstalten und Zuchthäuser geschaffen, oftmals explizit zur Aufnahme von „Vaganten“. 1851 wurde das „Gesetz die Heimatlosigkeit betreffend“ eingeführt: „Heimatlose“ wurden inhaftiert, verhört, registriert und einer Gemeinde zugewiesen oder zwangsausgeschafft. Die nichtsesshafte Lebensweise wurde stark eingeschränkt. Ab Ende des 19. Jahrhunderts wurden Einweisungen in Anstalten vermehrt aufgrund von psychiatrischen Begründungen vorgenommen. Viele Fahrende mussten in diesen Anstalten Zwangsarbeit leisten.

Ausländische Fahrende waren in der Schweiz nicht willkommen. Zwischen 1913 und 1972 galt eine strikte Einreisesperre gegenüber ausländischen Fahrenden, die sog. Grenzsperr. Wer dagegen versties, wurde festgenommen, in eine Anstalt verbracht und dann zwangsausgeschafft. Während der Zeit des 2. Weltkrieges wurden Roma und Sinti an der Schweizer Grenze abgewiesen, obwohl sie befürchten mussten, von den Nazis in Vernichtungslager gebracht zu werden. Es konnten Fälle dokumentiert werden, bei denen die Zurückweisung an der Grenze zur Ermordung dieser Personen durch die Nazis führte. Es gab zudem einen regen Austausch der Personendaten aus dem Schweizerischen Zigeunerregister, in welchem alle Fahrenden in der Schweiz registriert wurden, zwischen den Schweizer Behörden und den Nazis. Dies trug ebenfalls zur Vernichtungspolitik der Nazis gegenüber den Fahrenden bei. Experten gehen davon aus, dass insgesamt zwischen einer halben und einer Million Fahrende im Holocaust ums Leben kamen.

Ein weiteres dunkles Kapitel ist der Umgang der Schweiz mit den Jenischen, den Schweizer „Zigeunern“. Im Rahmen der Aktion „Kinder der Landstrasse“ wurden von 1926 bis 1972 aufgrund einer rassistischen Ideologie Hunderte von jenischen Kindern ihren Eltern zwangsweise weggenommen und in Heime oder zu Pflegefamilien gebracht.

Nach der Auflösung des Pro Juventute-Hilfswerks „Kinder der Landstrasse“ 1973 gab es aufgrund des öffentlichen Drucks und einer Medienkampagne der Schweizer Beobachter eine Kehrtwende in der „Zigeunerpolitik“ der Schweizer Behörden. Der Bundespräsident entschuldigte sich gegenüber den Jenischen, es wurden (wenn auch eher geringe) Entschädigungszahlungen gegenüber den Opfern der Aktion „Kinder der Landstrasse“ geleistet und den Opfern wurde Einsicht in ihre Akten gewährt. Der Bund beschloss auch die Schaffung der Stiftung „Zukunft für Schweizer Fahrende“, die sich für die Belange der Fahrenden in der Schweiz einsetzen sollte. Im Rahmen der Bergier-Kommission wurde zudem der Umgang der Schweiz während des 2. Weltkrieges mit den Fahrenden untersucht. Auch die Aktion „Kinder der Landstrasse“ wurde wissenschaftlich untersucht. Es gab also eine Aufarbeitung der Vergangenheit, wenn sie auch eher spät in Angriff genommen wurde.

Auf der Seite der Fahrenden entstanden nach 1973 die ersten Organisationen der Jenischen. Es waren dies vor allem Organisationen, welche die Opfer der Aktion „Kinder der Landstrasse“ unterstützen sollten.

Heute leben etwa 30'000 Jenische und 30'000 Roma in der Schweiz.; es gibt nur einige wenige Sinti-Familien. Während die Jenischen sich einen Platz in der Schweizer Gesellschaft schaffen konnten und zumindest teilweise organisiert sind, ist der Organisationsgrad bei den Roma und Sinti in der Schweiz sehr schwach. Sie verfügen über praktisch keine Institutionen und keine Lobby in der Schweiz.

Weil in einer Mehrheitsgesellschaft die Minderheitenrechte immer gefährdet sind, wie im Workshop mehrfach festgehalten wurde, muss nach Ansicht der Workshopteilnehmenden umso mehr auch in Zukunft ein wachsames Auge auf den Umgang unserer Gesellschaft mit den Fahrenden geworfen werden. Dies zeigt sich beispielsweise in der Realpolitik, wenn es um die Bewilligung von neuen Standplätzen für Fahrende geht oder Roma als „Sozialhilfemissbraucher“ stereotypisiert werden.

Ein Einblick in diesen wenig bekannten Teil der Schweizer Geschichte, wie er im Workshop von Dr. Thomas Huonker vermittelt wurde, hilft bei der Einordnung von aktuellen Fragen, die sich im Zusammenhang mit den Roma heute und hier bei uns stellen.

Franziska Stocker, Gesellschaft für bedrohte Völker, 27.2.2006